

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0734/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 17.07.2023
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.05.2023, öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
17.08.2023	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 25.05.2023, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 25.05.2023, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.05.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Johannes Hucke	Vorsitzender
Bürgermeister Norbert Plum	
Ratsherr Harald Baal	
Ratsherr Jörg Bogoczek	Vertretung für: Ratsherr Christoph Allemand
Ratsfrau Gaby Breuer	
Ratsherr Achim Ferrari	
Ratsherr Wilhelm Helg	
Herr Lasse Klopstein	Vertretung für: Ratsherr Marc Beus
Ratsherr Wolfgang Palm	
Ratsherr Carsten Schaadt	
Frau Sabine Weineck	Vertretung für: Ratsherr Henning Nießen
Frau Maria Dörter	
Herr Jan Frieders	
Herr Alexander Gilson	
Herr Ernst-Rudolf Kühn	
Herr Tobias Küppers	
Herr Dieter Müller	
Herr Ralf Demmer	
Frau Brigitte Roth	

Abwesende:

Ratsherr Christoph Allemand	entschuldigt
Ratsherr Marc Beus	entschuldigt
Ratsherr Henning Nießen	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Herr Kemperdick	FB 23
Frau Krücken	FB 61
Frau Ohlmann	FB 61
Herr Schuster	FB 60
Frau Strehle	FB 61

von der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe:

Herr Blümer	zu TOP I/1-12
-------------	---------------

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2023 und vom 27.04.2023,
öffentlicher Teil**

- 3 **Photovoltaikanlagen an Autobahnen und Bahnstrecken – Sachstand zur
Nutzbarmachung des EEG Vorrangs nach EEG § 37 (1)2; hier; Tagesordnungsantrag der
Fraktion „Die LINKE“
Vorlage: FB 36/0281/WP18**

- 4 **Projekt Haus der Neugier
Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie
Vorlage: Dez III/0014/WP18**

- 5 **Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser -hier - Aufstellungs- und
Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0661/WP18**

- 6 **Konzeptverfahren für ein Gewerbegrundstück in der Charlottenburger Allee
Vorlage: FB 23/0173/WP18**

- 7 **Bebauungsplan Nr. 1008 - Westpark / Gartenstraße -
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: FB 61/0669/WP18**

- 8 **Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 998 - Vaalser Straße /
Neuenhofer Weg -
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB**

- Empfehlung zum Satzungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0667/WP18

9 **Ratsantrag Fokusjahr Adalbertstraße**

Vorlage: FB 01/0365/WP18

10 **Mitteilungen der Verwaltung**

11 **Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema Bauentwicklung im Gebiet Trimpersfeld
Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 19.04.2023**

12 **Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema Südausgang Hauptbahnhof
Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 19.04.2023**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2023 und vom 27.04.2023,
nichtöffentlicher Teil**

2 **Private Bauvorhaben:**

3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

4 **Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema Bauentwicklung im Gebiet Trimpersfeld
Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 19.04.2023**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Verwaltung, Öffentlichkeit und Presse.

Er begrüßt Herrn Blümer, der als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zukünftig an den öffentlichen Sitzungen teilnehmen und den Ausschuss hinsichtlich der Belange von behinderten Menschen beraten werde.

Zur Tagesordnung schlägt Herr Hucke vor, den Tagesordnungspunkt I/11 - Bauentwicklung im Gebiet Trimpersfeld – in den nichtöffentlichen Teil zu verlagern, da hier auch über vertragliche Details zu beraten sei.

Diese Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Zur Juni-Sitzung beantragt Herr Baal, den Punkt „Einstein-Teleskop“ im öffentlichen Teil auf die Tagesordnung zu nehmen.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche liegen nicht vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2023 und vom 27.04.2023, öffentlicher Teil

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2023, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0677/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2023, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 3 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2023 liegt noch nicht vor, daher wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

**zu 3 Photovoltaikanlagen an Autobahnen und Bahnstrecken – Sachstand zur
Nutzbarmachung des EEG Vorrangs nach EEG § 37 (1)2; hier; Tagesordnungsantrag der
Fraktion „Die LINKE“**

Vorlage: FB 36/0281/WP18

Für die Fraktion Die Linke dankt Herr Klopstein für die Vorlage der Verwaltung. Man begrüße die Tatsache, dass die Änderung der bundesgesetzlichen Regelungen nun mehr Spielräume eröffne und bitte die Verwaltung darum, nun proaktiv auf die Eigentümer*innen zuzugehen.

Für die CDU-Fraktion signalisiert Herr Baal grundsätzlich Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Der Ansatz sei zwar nicht neu, aber dennoch richtig. Im Blick halten müsse man dabei mögliche Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen, die man im Einzelfall genau abwägen müsse.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht Photovoltaikanlagen an Autobahnen und Bahnstrecken zur Kenntnis.

Der Tagesordnungsantrag ist damit behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 4 Projekt Haus der Neugier
Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie**

Vorlage: Dez III/0014/WP18

Frau Burgdorff führt einleitend in die Thematik ein, daran anschließend erläutert Herr Vogt als Geschäftsführer der Städtischen Entwicklungsgesellschaft (SEGA) die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie.

Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion stellt Herr Baal zunächst heraus, dass die konzeptionelle Vorarbeit, die durch die VHS und die Bibliothek bereits geleistet worden sei, erst die wesentlichen Voraussetzungen für die jetzt mögliche Diskussion geschaffen habe. Die Machbarkeitsstudie habe auf dieser Grundlage und mit großer Kreativität in relativ kurzer Zeit ein erstaunliches Ergebnis hervorgebracht. Man halte es für sinnvoll, den Beschlüssen der vorberatenden Gremien folgend sich auf die beiden Varianten „ehemaliges Haus Horten“ und „Bushof“ zu konzentrieren, um beide Standorte zunächst weiter im Blick zu haben. Ein solches Projekt, das für Aachen einzigartig sei, könne allerdings nur gelingen, wenn zwischen Politik und Verwaltung sowie darüber hinaus ein Konsens erzielt werden könne. Bei aller Begeisterung dürfe man das heute bereits im Raum stehende Finanzvolumen nicht unterschätzen. Die notwendige dauerhafte

Verankerung im städtischen Haushalt stehe noch aus und führe unter Umständen zu Konsequenzen, die man deutlich benennen müsse. Alle Berechnungen, so nachvollziehbar sie auch seien, gingen von Bedingungen aus, die noch nicht politisch sanktioniert worden seien. Angesichts der Eigentumsverhältnisse sei zudem für beide Standorte ein eindeutiges Commitment der Eigentümer*innen erforderlich. Insgesamt wolle man das Projekt positiv, aber auch kritisch begleiten und freue sich auf die nächsten Schritte.

Für die Fraktion der Grünen dankt Herr Schaadt der Verwaltung, der SEGA und den beteiligten Planungsbüros für die bemerkenswert gute Arbeit. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie seien von hoher Qualität, so dass man auf dieser Basis gut weiterarbeiten könne. Das Finanzvolumen für ein solches Projekt sei natürlich erheblich und erfordere für eine Stadt wie Aachen sicherlich große Anstrengungen, bei der Betrachtung der Kosten müsse man allerdings auch berücksichtigen, dass auch ohne ein Haus der Neugier für eine adäquate Unterbringung von Bibliothek und insbesondere VHS in naher Zukunft Investitionen in Höhe von 50-60 Mio. € anstünden. Grundsätzlich wolle man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen und, wie auch bereits im Betriebsausschuss Kultur und Theater bzw. in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte beschlossen, den Fokus auf die beiden Varianten „ehemaliges Haus Horten“ und „Bushof“ richten, dabei aber die Erkenntnisse aus der Variante „Bushof-Landschaft“ berücksichtigen. Um angesichts der komplexen Sachlage zu einer fundierten abschließenden Variantenentscheidung kommen zu können, beantrage man gemeinsam mit der SPD-Fraktion, die Verwaltung durch eine Beschlussergänzung mit der Bearbeitung folgender zusätzlicher Handlungsfelder zu beauftragen:

- eine weitere Ausarbeitung der guten inhaltlichen Konzeptansätze, welche die Synergien und die Erweiterung der Zusammenarbeit von VHS und Stadtbücherei weiter vertieft,
- ein Gesamtfinanzierungs- und Ressourcenkonzept in einem ganzheitlichen Umsetzungsplan und
- ein städtebauliches Gesamtkonzept, das eine Perspektive für beide Immobilien aufzeigt, auch für den jeweils nicht zur Nutzung vorgesehenen Standort inklusive der Kosten und der Auswirkungen auf das Innenstadtkonzept.

Man hoffe, dass es gelinge, dies zügig und mit weiterhin hoher Qualität abzuarbeiten und so eine zeitnahe Entscheidung vorzubereiten, die dann auch für die Eigentümer*innen Klarheit bringe.

Für die SPD-Fraktion stimmt Herr Plum seinen Vorrednern zu und schließt sich dem Dank an alle Beteiligten an. Man befinde sich nun auf einem guten Weg und hoffe, so auch den in der Vorlage angesprochenen und dringend benötigten Rückhalt in der Stadtgesellschaft gewinnen zu können. Grundsätzlich sei seine Fraktion für beide Lösungen offen, persönlich sei er allerdings der Auffassung, dass eine so hohe Investition am besten in eine städtische Immobilie fließen solle, daher präferiere er zum gegenwärtigen Sachstand die Variante „Bushof“. Wichtig sei es aus seiner Sicht auch, bei aller Ambition bodenständig zu bleiben und eine Lösung zu finden, die finanziell für die Stadt darstellbar bleibe. Diesen Prozess wolle man nun positiv begleiten.

Als Vertreter der AG Behindertenhilfe bittet Herr Blümer darum, auch in diesem sehr frühen Planungsstadium bereits die Belange der Menschen mit Behinderungen im Blick zu halten. Neben einem taktilen Leitsystem und den erforderlichen Aufzügen, Rampen etc. hoffe man sehr, dass in einer Investitionssumme dieser Höhe auch Spielraum für ein Navigationssystem per Smartphone bestehe, das in anderen Bereichen schon erfolgreich eingesetzt werde.

Für die Fraktion Die Linke begrüßt auch Herr Klopstein die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie. Mit dem Haus der Neugier bestehe die Chance, die Innenstadt mit einem attraktiven Ziel weiter zu stärken, daher unterstütze man das Projekt sehr und werde dem Beschlussvorschlag einschließlich des Ergänzungsantrags von Grünen und SPD zustimmen. Für besonders wünschenswert halte man dabei eine Lösung, bei der die VHS mit ihren Angeboten nicht mehrfach umziehen müsse, da sich dies negativ auf die Kundenbindung auswirken könne.

Für die FDP-Fraktion spricht auch Herr Helg allen am Projekt Mitwirkenden seinen Dank aus und berichtet, dass es aktuell in der FDP-Fraktion eine Präferenz für die Variante „ehemaliges Haus Horten“ gebe. Man sei der Überzeugung, dass man im Hinblick auf die räumlich-inhaltliche Konzeption hier die bessere Lösung umsetzen könne, auch wenn man sich darüber im Klaren sei, dass am Bushof dann weiterhin dringender Handlungs- und Finanzbedarf bestehe. Man sei aber gespannt auf den weiteren Prozess und hoffe, dass der avisierte Zeitplan mit einer Variantenentscheidung im Herbst gehalten werden könne.

Als Vertreter der AfD zeigt sich Herr Palm beeindruckt von den bisherigen Arbeitsergebnissen und grundsätzlich offen für beide Lösungen. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Aachen derzeit stünde, und den damit verbundenen geplanten Vorhaben und Projekten zum Beispiel aus den Bereichen Klimaschutz, Mobilitätswende, Flüchtlingsunterbringung etc. müsse man aber auch realistisch bleiben. Eine Bewertung und Priorisierung sei dringend erforderlich, damit ein solches Projekt nicht zwischen all den Anforderungen untergehe.

Herr Baal nimmt Bezug auf die von Grünen und SPD beantragte Beschlussergänzung und erklärt, dass man dieser grundsätzlich zustimmen könne. Bezogen auf das im dritten Spiegelstrich geforderte städtebauliche Gesamtkonzept halte man es jedoch nicht für sinnvoll, die Variantenentscheidung davon abhängig zu machen, dass für beide Standorte bereits eine umfassende Konzeption vorliege. Damit laufe man Gefahr, die weitere Entwicklung zu verzögern oder gar zu blockieren. Dies gelte insbesondere, da sich mit dem ehemaligen Haus Horten eine Immobilie komplett in fremden Eigentum befände und im Bushof ein weiterer Eigentümer sowie die APAG mit einem bestehenden Dauernutzungsrecht einzubinden seien.

Herr Schaadt stellt hierzu klar, dass nicht die Ausarbeitung einer umfassenden Konzeption für beide Varianten gefordert sei, sondern das Aufzeigen einer Perspektive auch für den Standort, der letztlich

nicht zum Zuge käme. Man gehe davon aus, dass dies bis zur im Herbst geplanten Entscheidung machbar sei.

Frau Burgdorff bietet an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses darzustellen, welche Planungstiefe bis zum Herbst erreicht werden könne.

Herr Hucke weist abschließend darauf hin, dass der VHS-Standort schon lange diskutiert werde. Wenn die Realisierung auf Grundlage einer der beiden Varianten gelänge, sei damit ein immenser Mehrwert für die Stadt verbunden, auch wenn dieser sich nicht im Haushalt abbilden ließe. Verstärkt würde dieser positive Effekt nämlich auch dadurch, dass der Raum der „Bushof-Landschaft“ sich in der Folge öffnen und zusätzliche Entwicklungspotentiale bieten würde.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer, Frau Dörter, die Herren Baal, Schaadt, Plum, Blümer, Klopstein, Ferrari, Helg und Palm sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff beteiligen, fasst der Ausschuss auf Grundlage des Beschlussantrags der Fraktionen Grüne und SPD den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die in der Anlage beigefügte Machbarkeitsstudie zum „Haus der Neugier“ zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Hauptausschuss zu beschließen:

- Das Projekt „Haus der Neugier“ wird grundsätzlich weiterverfolgt.
- Die Varianten „Neubau“ und „Bushof-Landschaft“ werden bezogen auf das Projekt „Haus der Neugier“ nicht weiterverfolgt. Die Erkenntnisse der Variante „Bushof-Landschaft“ sollen im Zuge der zukünftigen Entwicklung am Bushof berücksichtigt werden.

Die Verwaltung wird mit einer vertiefenden Prüfung der Varianten

- a. „ehemaliges Haus Horten“ und
- b. „Bushof“

entsprechend dem Diskussionsverlauf sowie der Verhandlung mit den jeweiligen Eigentümern beauftragt.

Insbesondere sind folgende Handlungsfelder zur Ermöglichung einer fundierten Beschlussfassung zu bearbeiten:

- eine weitere Ausarbeitung der guten inhaltlichen Konzeptansätze, welche die Synergien und die Erweiterung der Zusammenarbeit von VHS und Stadtbücherei weiter vertieft
- ein Gesamtfinanzierungs- und Ressourcenkonzept in einem ganzheitlichen Umsetzungsplan
- ein städtebauliches Gesamtkonzept, das eine Perspektive für beide Immobilien aufzeigt, auch für den jeweils nicht zur Nutzung vorgesehenen Standort inklusive der Kosten und der Auswirkungen auf das Innenstadtkonzept

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
PLA/26/WP18

Ausdruck vom: 05.07.2023

Seite: 9/17

**zu 5 Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser -hier - Aufstellungs- und
Offenlagebeschluss**

Vorlage: FB 61/0661/WP18

Frau Ohlmann erläutert kurz die Vorlage der Verwaltung im Hinblick auf das Bauleitplanverfahren, Herr Kemperdick ergänzt hierzu die wesentlichen Aspekte zur geplanten Konzeptvergabe.

Die den Vorträgen zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Dörter der Verwaltung für die Vorlage, in der die Anforderungen an Projekt gut zusammengefasst seien. Der Einschätzung der Verwaltung zur Anwendung der §§13 a bzw. 13 b BauGB könne man sich in diesem Fall anschließen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass hier dringend benötigter Wohnraum geschaffen und der ebenso dringende Bedarf für eine KiTa befriedigt werden könne. Im Laufe des Verfahrens seien deutliche konzeptionelle Verbesserungen erreicht worden, so sei beispielsweise der geplante Wohnungsmix zeitgemäßer. Dennoch sehe man auch kritische Aspekte und die klassischen Konflikte einer Innenentwicklung. Da es sich um städtischen Flächen handle, sehe man hierzu gute Steuerungsmöglichkeiten im Konzeptverfahren. Dazu bitte man die Verwaltung, eine hochwertige Durchgrünung und den Erhalt weiterer Bäume sicherzustellen. Zum Umgang mit Mobilitätsflächen sei man der Auffassung, dass öffentliche Parkplätze als Auftakt zum Park nicht zeitgemäß seien. Hier wünsche man sich mehr Flexibilität, daher beantrage man gemeinsam mit der SPD-Fraktion eine Beschlussergänzung, mit der eine Nutzung für öffentliches Parken von PKW beispielsweise für Menschen mit Behinderungen und für Fahrrädern grundsätzlich ermöglicht wird, die konkreten Festlegungen jedoch dem Baubeschluss im Mobilitätsausschuss vorbehalten bleiben.

Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe bittet Herr Blümer darum, bei der weiteren Planung Gehwegbreiten von 2,70m, ein Leitsystem und Parkplätze für mobilitätseingeschränkte Menschen vorzusehen.

Für die SPD-Fraktion zeigt sich Herr Küppers erfreut darüber, dass es gelungen sei, viele Anforderungen aus dem Bezirk zu berücksichtigen und dass das Verfahren nun weitergeführt werden könne. Der dringende Handlungsbedarf sowohl hinsichtlich der KiTa als auch beim bezahlbaren Wohnraum sei unstrittig und es gelte nun, zügig in die Umsetzung zu kommen. Die Mobilitätsfläche im Süden sei dabei ein wichtiger Baustein.

Für die CDU-Fraktion kündigt Herr Baal Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung einschließlich des Ergänzungsantrags von Grünen und SPD an.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Bürger*innen sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschließt er die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes zur Innenentwicklung Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser - nach § 13 a und § 13 b BauGB in der vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung der Änderung eines Passus auf S. 15 in dem Entwurf der Begründung von „Auch wird eine kleine Parkplatzanlage für ca. 9 öffentliche Parkplätze für PKW und 16 Bügel für das Abstellen von 32 Fahrrädern dort angelegt, diese ist Teil der Verkehrsfläche.“ in „In der öffentlichen Verkehrsfläche können für die Nutzung der Parkanlage Stellplätze für öffentliches Parken von PKW (z.B. für Menschen mit Behinderungen) und Fahrrädern eingerichtet werden. Die Festlegungen erfolgen beim Baubeschluss.“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Konzeptverfahren für ein Gewerbegrundstück in der Charlottenburger Allee

Vorlage: FB 23/0173/WP18

Herr Kemperdick erläutert kurz die Vorlage der Verwaltung.

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Dörter der Verwaltung für die Vorlage. Es sei gut und richtig, dass Aachen im nicht ganz einfachen gewerblichen Bereich ein Modellprojekt wage, man sei sehr gespannt auf die Ergebnisse. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde man zustimmen, allerdings habe man gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Ergänzungsantrag zur Gewichtung der Kriterien vorbereitet. Man wolle dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss empfehlen, das Kriterium „Klima und Umwelt“ um den Aspekt der Minimierung der klimarelevanten Emissionen bei der Herstellung der Bauwerke zu ergänzen sowie die Gewichtung des Kriteriums „Gestaltung Baukörper und Freiflächen“ von 35% auf 25% zugunsten des Kriteriums „Qualität und Anzahl der Arbeitsplätze“ von 10% auf 20% zu verändern.

Für die SPD- Fraktion führt Herr Küppers hierzu aus, dass man durchaus mit einem hohen Qualitätsanspruch an die Fläche herangehen wolle, da es sich um eine der letzten größeren Gewerbeflächen in diesem Bereich handele. Man halte es aber für sinnvoll und möglich, im hinteren Bereich die Ansprüche an die Gestaltung etwas zu reduzieren, wenn dafür hochwertige Arbeitsplätze entstünden. Dies entspreche auch der Interessenslage im Bezirk, für den so auch ein Mehrwert entstehen könne.

Für die CDU-Fraktion betont auch Herr Baal die Notwendigkeit einer qualitätvollen Bebauung mit einer guten Durchgrünung. In diesem Sinne habe man bereits im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes diskutiert. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der von Grünen und SPD beantragten Ergänzung könne man so zustimmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, die Verwaltung mit der Durchführung des Konzeptverfahrens für das städtische Gewerbegrundstück mit den beschriebenen Themenschwerpunkten und Auswahlkriterien zu beauftragen.

Der Planungsausschuss empfiehlt darüber hinaus, das Kriterium „Klima und Umwelt“ um den Aspekt der Minimierung der klimarelevanten Emissionen bei der Herstellung der Bauwerke zu ergänzen sowie die Gewichtung des Kriteriums „Gestaltung Baukörper und Freiflächen“ von 35% auf 25% zugunsten des Kriteriums „Qualität und Anzahl der Arbeitsplätze“ von 10% auf 20% zu verändern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 Bebauungsplan Nr. 1008 - Westpark / Gartenstraße -
 hier Sachstandsbericht
 Vorlage: FB 61/0669/WP18**

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man das Vorgehen der Verwaltung für nachvollziehbar halte, insgesamt sei die Verzögerung in diesem Verfahren aber sehr bedauerlich.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 998 - Vaalser Straße /
 Neuenhofer Weg -
 hier
 - Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
 - Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
 - Empfehlung zum Satzungsbeschluss
 Vorlage: FB 61/0667/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 998 – Vaalser Straße / Neuenhofer Weg - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Ratsantrag Fokusjahr Adalbertstraße

Vorlage: FB 01/0365/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Zu folgenden Themen wird mündlich berichtet:

- Förderprogramm "Heimat-Zeugnis":
Schutz und Vermittlung des Wiederaufbaus Aachens
- Zukunft Bau Forschungsförderung:
Lösungsszenarien für eine Verbindung ökologischer, ökonomischer und denkmalpflegerischer Belange
- Netzwerk Innenstadt

Präsentationen stehen, soweit vorhanden, im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

**zu 11 Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema Bauentwicklung im Gebiet Trimpersfeld
Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 19.04.2023**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung in den nichtöffentlichen Teil verlagert.

zu 12 Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema Südausgang Hauptbahnhof

Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 19.04.2023

Frau Strehle erläutert ausführlich die aktuelle Situation und die bisherigen Planungsschritte. Für 2022 sei eine Mehrfachbeauftragung beabsichtigt gewesen, diese habe man jedoch wegen anderer Projekte zurückstellen müssen. Aktuell bereite man eine Vorlage zum weiteren Vorgehen für die politische Beratung vor.

Frau Burgdorff führt aus, dass das Thema „Südausgang Hauptbahnhof“ weiterhin wichtig für die Stadt Aachen sei, angesichts der zahlreichen wichtigen Themen müsse man jedoch entscheiden, wo die Kapazitäten der Verwaltung am wirkungsvollsten eingesetzt werden könnten. Mit der Vorlage werde man vorschlagen, das Projekt vorläufig ruhend zu stellen.

Für die SPD-Fraktion zeigt sich Herr Plum verärgert darüber, dass man die Absicht der Verwaltung, das Projekt nicht weiterzuverfolgen, aus der Presse erfahren musste. Es seien viele Jahre Arbeit in dieses Vorhaben geflossen und es existiere eine politische Beschlusslage, einen Auftrag zum weiteren Vorgehen beinhalte. Wenn die Verwaltung eine nachvollziehbare Begründung für ein Abweichen von dieser Beschlusslage habe, so müsse dies in den zuständigen Gremien diskutiert werden.

Frau Breuer stimmt dieser Kritik für die CDU-Fraktion zu. An diesem sehr sinnvollen Projekt werde seit 20 Jahren gearbeitet, und die Aussage, es stünden keine Kapazitäten für eine Weiterführung zu Verfügung, sei bei der Vielzahl an neu begonnenen und beginnenden Projekten für sie jedenfalls nicht verständlich. Eine Information sei aber das Mindeste, was man in den zuständigen Fachausschüssen erwarten könne.

Für die Fraktion der Grünen beurteilt Frau Dörter Vortrag und vorgeschlagene Vorgehensweise zunächst als nachvollziehbar. Eine Beratung auf Grundlage einer Vorlage halt man dennoch für wünschenswert.

Herr Hucke stellt zusammenfassend fest, dass der Ausschuss eine umfassende schriftliche Information wünscht, um auf dieser Basis dann gegebenenfalls eine neue Beschlusslage herbeizuführen. In diesem Sinne erwarte man von der Verwaltung eine Vorlage in einer der nächsten Sitzungen.

Mit diesem Vorgehen erklärt der Ausschuss sich einverstanden. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.